

Erklärungen des Beteiligungsnehmers

Mir/uns ist bekannt, dass die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH (MBG) in der Regel eine Garantie der zuständigen Bürgschaftsbank in Berlin oder im Land Brandenburg und eine Refinanzierung aus dem ERP- Beteiligungsprogramm in Anspruch nehmen wird. Die Garantierichtlinien/-bestimmungen der BBB BÜRGSCHAFTSBANK zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin, bzw. der Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH, Potsdam, liegen mir/uns vor und werden von mir/uns anerkannt.

Mir/uns ist bekannt, dass die MBG zur Beurteilung der Beteiligungsanfrage und die jeweilige Bürgschaftsbank zur Beurteilung des Garantieantrages ggf. gutachterliche Stellungnahmen anfordert. Zu diesem Zweck befreie/n ich/wir die MBG, die jeweilige Bürgschaftsbank sowie alle sonstigen am Bewilligungsverfahren beteiligten Stellen von ihren Verschwiegenheitspflichten.

Mir/uns ist bekannt, dass den Beteiligungen der MBG Subventionen des Bundes und des Landes Berlin bzw. des Landes Brandenburg zugrunde liegen. Ich/wir bin/sind unterrichtet, dass meine/unsere Angaben zur Person, zum Unternehmen, zur Betriebsstätte, zum Investitionsort, zum Vorhaben, zur Finanzierung, zu den gewerblichen und privaten Eigentums- und Vermögensverhältnissen sowie Beteiligungsverhältnissen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.

Gleichzeitig gestatte/n ich/wir unwiderruflich, dass die Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin bzw. das Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg bis zur endgültigen Abwicklung der Beteiligung Einsicht in die Steuerakten beim Finanzamt nimmt (Befreiung vom Steuergeheimnis). Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Garantie ist die Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin bzw. das Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg berechtigt, der MBG und der jeweiligen Bürgschaftsbank zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.

Mir/uns ist bekannt, dass die MBG und die jeweilige Bürgschaftsbank sich der elektronischen Datenverarbeitung bedienen (§ 33 BDSG).

Kosten

Mir/uns ist bekannt, dass die MBG

- neben einem laufenden und einem gewinnabhängigen Entgelt auf die valuierten Beteiligungsmittel einmalig ein Bearbeitungsentgelt i.H.v. 1 % des angefragten Beteiligungsbetrages und einen Haftungsfondsbeitrag i.H.v. 1 % des genehmigten Beteiligungsbetrages erhebt;
- die zugesagten Beteiligungsmittel 6 Monate kostenfrei bereithält und anschließend eine Vorhalteentschädigung von mtl. 0,2 % auf die zugesagte Einlage sowie eine Entschädigung von 0,5 % für jedes Laufzeitjahr, höchstens jedoch 3 % der genehmigten Beteiligung berechnet, wenn und soweit das Angebot der stillen Einlage nicht innerhalb der Frist der kostenfreien Bereitstellung der Mittel angenommen wird oder die genehmigten Beteiligungsmittel endgültig nicht abgerufen werden.

Ich/Wir ermächtige/n die MBG die vorgenannten Kosten im Lastschriftverfahren vom nachstehenden Konto einzuziehen.

Kreditinstitut	Kontonummer
Kontoinhaber	BLZ

Ort, Datum

Unterschrift und Firmenstempel
des Beteiligungsnehmers

Zur Beurteilung füge/n ich/wir folgende Unterlagen bei:

- Vorhabensbeschreibung/Unternehmenskonzept/Geschäftsplan
- Rentabilitätsvorschau in Form vorweggenommener Gewinn- und Verlustrechnung
- Lebenslauf bzw. beruflicher Werdegang des Antragstellers/Gesellschafters
- vollständige Jahresabschlüsse für die letzten zwei Geschäftsjahre einschl. verbundener Unternehmen
- Daten zum laufenden Geschäftsjahr (z.B. betriebswirtschaftliche Auswertungen einschließlich Summen- und Saldenliste o.ä.)
- Gesellschaftsvertrag, Handelsregisterauszug einschl. verbundener Unternehmen
- Miet-/Pacht-, Leasing- und Lizenzverträge
- Übernahme-, Kaufverträge
- Selbstauskunft
- Kopie der Personalausweise der vertretungsberechtigten Personen
- Erklärung über bereits erhaltene "de minimis"-Beihilfen gemäß Anlage
- Subventionserklärung gemäß Anlage
- weitere, ergänzende Unterlagen:

Selbstauskunft zur Beteiligungsanfrage
(Angaben bei mehreren Gesellschaftern je Gesellschafter erforderlich)



Angaben in EUR

PersönlicheVerhältnisse

Gesellschafter:

Name, Vorname	
Anschrift	
Geburtsdatum	
Staatsangehörigkeit	
Familienstand	
Zahl/Alter der Kinder	
ausgeübte Tätigkeit	
mtl. Nettoeinkommen	

Privatvermögen

Grundbesitz mit Anschrift	
Größe/Nutzungsart	
Verkehrswert	
Belastung in Abt.II	
Belastung in Abt.III nom./valutierend	
jährlicher Kapitaldienst	
Fremdmieteinnahmen im Jahr	
Lebensversicherung	
Versicherungssumme	
Abschlussjahr/Rückkaufwert	
Sonstiges Vermögen (z.B.Bankguthaben, Wertpapiere, Bausparguthaben, Anteile an Unternehmen)	

PrivateVerbindlichkeiten

Restbetrag	
mtl.Rate	
Verwendungszweck	
sonstige Zahlungsverpflichtungen	
Bürgschafts-/Leasingverträge	

Erklärungen

Die Garantierichtlinien/-bestimmungen der BBB BÜRGSCHAFTSBANK zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin, bzw. der Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH, Potsdam, liegen mir vor und werden von mir anerkannt.

Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z.B. eidesstattliche Versicherung, Scheck-/Wechselprotest und/oder Insolvenzverfahren) sind bei mir bzw. bei von mir beherrschten Unternehmen

nicht vorgekommen

in einer Anlage erläutert.

Mir ist bekannt, dass den Beteiligungen der MBG Subventionen des Bundes und des Landes Berlin bzw. des Landes Brandenburg zugrunde liegen. Ich bin unterrichtet, dass meine Angaben der Person, zum Unternehmen, zur Betriebsstätte, zum Investitionsort, zum Vorhaben, zur Finanzierung, zu den gewerblichen und privaten Eigentums- und Vermögensverhältnissen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir ist bekannt, dass die MBG und die jeweilige Bürgschaftsbank sich der elektronischen Datenverarbeitung bedienen (§ 33 BDSG).

Ort, Datum

Unterschrift des Gesellschafters

Erklärung

KIA4 / ERP-Beteiligungsprogramm
hier: Antrag der Firma

[Redacted]

Mit dem Investitionsvorhaben wurde am [Redacted] / noch nicht begonnen.

Es wird voraussichtlich [Redacted] am fertiggestellt. Der Antrag auf Beteiligung wurde am [Redacted] gestellt.

Uns ist bekannt, dass die im Zusammenhang mit dem oben genannten Antrag gemachten Angaben zur Antragsberechtigung und zum Verwendungszweck gemäß Ziffer 1 und 3 der Richtlinie für mit öffentlichen Mitteln geförderte Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen (ERP-Beteiligungsprogramm) in Verbindung mit den „Allgemeinen Bedingungen für die Vergabe von ERP-Mitteln“ subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz sind.

[Redacted]

Ort, Datum

[Redacted]

Unterschrift und Firmenstempel des Beteiligungsnehmers

[Redacted]

Ort, Datum

[Redacted]

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin · Brandenburg GmbH

Allgemeine Bedingungen für die Vergabe von ERP-Mitteln (Auszug)

(Bundesanzeiger vom 1. Februar 2005)

1. Förderungswürdigkeit

Die ERP-Mittel dienen der Förderung der deutschen Wirtschaft. Es werden nur Vorhaben berücksichtigt, die volkswirtschaftlich förderungswürdig sind, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der geförderten Unternehmen steigern und einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg erwarten lassen. ERP-Mittel sollen nur gewährt werden, wenn die Durchführung des Vorhabens ohne diese Förderung wesentlich erschwert würde. Dabei sind auch die wirtschaftlichen Gesamtverhältnisse der Eigentümer zu berücksichtigen. Sanierungsfälle bzw. die Förderung von Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der EU-Definition sind ausgeschlossen.

9. Zweckbindung

Die ERP-Mittel sind für den nach den Richtlinien festgelegten Zweck zu verwenden. Sie sind zurückzuzahlen, wenn sie bestimmungswidrig verwendet werden oder die Voraussetzungen für ihre Gewährung sich nachträglich ändern oder entfallen.

Richtlinie für ERP-Beteiligungsprogramm (Auszug)

(Bundesanzeiger vom 1. Februar 2005)

I. Voraussetzungen für Beteiligungen

1. Verwendungszweck

Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft können von privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften für die Erweiterung ihrer Eigenkapitalbasis oder Konsolidierung ihrer Finanzverhältnisse mit öffentlichen Zuwendungen geförderte Beteiligungen erhalten, um hiermit vornehmlich folgende Vorhaben zu finanzieren:

- Kooperationen,
- Innovationen,
- Umstellungen bei Strukturwandel,
- Errichtungen, Erweiterungen, grundlegende Rationalisierungen oder Umstellungen von Betrieben.

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaften können auch Beteiligungen übernehmen bei Erbauseinandersetzungen oder in Ausnahmefällen beim Ausscheiden von Gesellschaftern.

3. Antragsberechtigte

Kleine und mittlere Unternehmen.

Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen

im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für De-minimis-Beihilfen

Antragsteller:

.....

Investitionsanschrift:

Ist das Unternehmen im Bereich des Straßentransportsektors tätig? ja

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen nein

.....

(vollständiger Name des Unternehmens)

im laufenden Kalenderjahr* sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

keine

folgende

De-minimis-Beihilfen¹ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379 vom 28. Dezember 2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 10 vom 13. Januar 2001, erhalten habe:

Datum Bewilligung	Zuwendungsgeber	Aktenzeichen	Subventionswert in €

*In Deutschland entspricht das Kalenderjahr dem Steuerjahr

¹ Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen ist, können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen De-minimis-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden entnehmen. Für De-minimis-Beihilfen besteht die Verpflichtung zur gesonderten Nennung des Subventionswertes.

Mit der Garantie erhalten Sie eine Beihilfe i. S. des EU-Beihilferechts.

Das Beihilferecht erlaubt die Vergabe von Beihilfen an Unternehmen in engen Grenzen nach verschiedenen Regelungen (z.B. De-minimis, Regionalleitlinien). Jede Regelung bestimmt in Abhängigkeit von z.B. der Größe des Unternehmens oder der Lage des Investitionsvorhabens eine Obergrenze für gewährte Beihilfen für ein bestimmtes Vorhaben. Erhält ein Unternehmen für dasselbe Investitionsvorhaben mehrere Beihilfen von mehreren Beihilfe gewährenden Stellen (z.B. Zuschüsse, Bürgschaften, Förderdarlehen), so muss sichergestellt werden, dass bei Addition aller gewährten Beihilfen (Kumulierung) die gemäß den EU-Beihilferegelungen zulässige Beihilfeobergrenze nicht überschritten wird. Der maximal zulässige Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfen beträgt innerhalb von drei Kalenderjahren € 200.000 bzw. € 100.000 bei Unternehmen, die im Bereich des Straßentransportsektors tätig sind. Falls ein Unternehmen unter mehreren Regelungen Beihilfen für dasselbe Investitionsvorhaben mit jeweils unterschiedlichen Beihilfeobergrenzen erhält, so gilt die jeweils höchste Obergrenze.

Die Höhe der gewährten Beihilfen (Subventionswerte), die zugrunde liegenden Beihilferegelungen und die diesbezüglich geltende Beihilfeobergrenze erhält der Endkreditnehmer von der jeweiligen Beihilfe gewährenden Stelle.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, folgende Erklärung abzugeben:

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen für das im Garantieantrag genannte Investitionsvorhaben

- keine weiteren Beihilfen erhalten bzw. beantragt habe/hat.
- weitere Beihilfen anderer Fördermittelgeber für dasselbe Investitionsvorhaben erhalten bzw. beantragt habe/hat. Ich versichere, dass alle für das Investitionsvorhaben erhaltenen/beantragten Beihilfen unter Berücksichtigung des Subventionswertes der Garantie und der Subventionswerte der anderen Beihilfegeber für das in der Zusage genannte Investitionsvorhaben die höchstzulässige Beihilfeobergrenze nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der zulässigen Beihilfeobergrenze aufgrund der Gewährung mehrerer Beihilfen verpflichte ich mich, die zu viel gewährten Beihilfen unverzüglich zurückzuzahlen.

Mir ist bekannt, dass vorstehende Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Darlehen/Mittel bekannt werden.

.....
(Ort, Datum)

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)